NORDUMGEHUNG OSTHEIM

Brücke würde 6,6 Mio. mehr kosten

Würde für die Nordumgehung von Ostheim eine neue Autobahnbrücke gebaut, müssten 6,6 Millionen Mark mehr finanziert werden. Diese Auskunft erhielt Wirtschaftsminister Posch aus Berlin.

KREISTEIL MELSUNGEN ■ Das Bundesverkehrsministerium in Berlin hat grundsätzlich nichts gegen die Verschiebung eines neuen Autobahn-Anschlusses bei Osteheim einzuwenden. Doch diese Nachricht, die Hessens Wirtschafts- und Verkehrsminister Dieter Posch (FDP) auf Nachfrage aus der Hauptstadt erhielt, hat einen gewaltigen Pferdefuß: Sollte von der bisherigen Planung mit der bestehenden Brücke über die A7 abgewichen werden, zahlt der Bund keinen Pfennig.

Posch: „Wenn der Bund nicht mehr im Boot ist, entsteht eine Deckungslücke für den Autobahnanschluss von rund 6,6 Millionen Mark."

In einem Schreiben an den Zweckverband Interkommunales Gewerbegebiet Mittleres Fuldatal rechnete Posch vor, wie es zu dem Finanzierungsloch kommt:

Die inzwischen gefundene und von der Zweckverbands-Versammlung gut geheißene Lösung für die Nordumgehung Ostheims würde zwischen 6,2 und 6,6 Millionen Mark kosten. Davon übernimmt das Land vier Millionen, der Bund 2,6 Millionen Mark.

Würde der Autobahnanschluss dagegen verlegt, wie es von der Bürgerinitiative Ostheim gefordert wird, entstünden Kosten zwischen 10,2 und 10,6 Millionen Mark.

Weil aber der Bund seinen Anteil von 2,6 Millionen Mark nur dann zahlen will, wenn der Anschluss wie geplant gebaut wird, würden beim Bau einer neuen Brücke 6,6 Millionen Mark fehlen. Die entstehen durch die Mehrkosten von vier Millionen Mark und den Wegfall der Bundesmittel.

Keine neue Planung

Posch berichtete, dass ihn der Vorstand des Zweckverbandes gebeten habe, die weiträumige Umgehung Ostheims mit der neuen Brücke nicht weiter zu verfolgen. Der Grund: In einem solchen Fall müsste komplett neu und mit großem Zeitverlust geplant werden. Dann könnten die nur bis zum Jahr 2005 in Aussicht stehenden Fördermittel für die Erschließung und Besiedelung des Gewerbegebietes nicht mehr genutzt werden.

Er habe daher dem Wunsch des Zweckverbandes entsprochen, an der bestehenden Planung festzuhalten, erklärte der Minister. In der Tat gehe es darum, das Gewerbegebiet schnellstmöglich zu realisieren, weil ansiedlungswillige Betriebe vor der Tür stünden.

Die im Zweckverband zusammengeschlossenen Kommunen Melsungen, Felsberg, Spangenberg, Morschen und Malsfeld hätten es in der Hand, welche Planung letztlich realisiert werden soll, erklärte Posch. Allen müsse aber klar sein, dass bei einer Neuplanung erhebliche Kosten entstünden. Das Land habe seine Aufgabe erledigt. Falls Änderungen gewünscht würden, sollten sie vom Zweckverband beschlossen werden.

Dessen Vorsitzender, Felsbergs Bürgermeister Klaus Stiegel, sieht dafür aber keine Chance: „Die Mitgliedskommunen haben schon jetzt erhebliche Kosten zu tragen", meinte Stiegel zur HNA. Ihnen jetzt noch einmal 6,6 Millionen Mark aufzubürden, sei kaum zu vermitteln. Stiegel: „Das ist von den fünf Kommunen niemals aufzubringen." *(tom)*